

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Durchführung der Heimaufsicht

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 017.03 / 22.01.2003

Die öffentliche Heimaufsicht wird besser – aber wir sind noch nicht am Ziel

Die öffentliche Aufsicht für die Alten- und Pflegeheime wird besser, aber wir stehen noch längst nicht am Ende der Entwicklung.

Erinnern wir uns: Im Rahmen der konzertierten Pflegequalitätsoffensive wurden vom medizinischen Dienst alle stationären Pflegeeinrichtungen im Lande untersucht und die vielen Missstände haben alle Beteiligten unter der Federführung der Sozialministerin zu einem ganzen Bündel von Verbesserungen veranlasst.

Ein Beitrag in diesem Bündel von Zielvereinbarungen ist die Verbesserung der öffentlichen Heimaufsicht vor Ort. Immerhin wird nun, nachdem wir dies eingeklagt haben, von allen Kommunen und Kreisen nach einem einheitlichen Prüfbogen gearbeitet, um eine Mindestprüfqualität zu sichern.

In Schleswig Holstein gibt es zirka 35.000 Alten- und Pflegeheimplätze in zirka 625 Einrichtungen, knapp 1.000 Plätze davon sind in den drei Fachkliniken des Landes zu finden.

Hierfür sind in den Heimaufsichten der Kommunen nur 39 Personen zuständig, davon nur 8,8 Stellen allein für Heimaufsicht, also nicht noch mit anderen Aufgaben betraut. In den Kommunen und Kreisen ist jeweils nur ein Zehntel bis die Hälfte der gesamten Stellenkapazität mit Pflegefachkräften besetzt.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass bis auf einen Landkreis von diesen wenigen Leuten 30 bis 60 Prozent der Heime von Januar bis Juni 2002 geprüft wurden. Gegenüber der früheren kommunalen Praxis ist dies ein großer Schritt nach vorn und deshalb hat die Sozialministerin von einer Anweisung der Kommunen zu mehr Prüfungen abgesehen.

Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, aber wir sind in der Pflege und Heimaufsicht noch längst nicht am Ziel dessen, was wir erreichen wollen.

Die CDU hat sich leider nur auf sehr quantitative Fragestellungen beschränkt. Wir haben hoffentlich im Ausschuss Gelegenheit zu einer auch qualitativen Debatte.
